Vielen Dank für Ihren Beitrag vom 11.02.2015 „Drittmittel korrumpieren mehr und mehr die Idee der Universität“. Sie dort illustrieren die Lage der universitären Forschung treffend. Dennoch möchte ich mir noch ergänzende Kommentierungen erlauben.

1. Am Anfang des Textes zitieren Sie das Statistische Bundesamt und schreiben: „Laut einer Mitteilung des Statistischen Bundesamt von Ende November 2014 warb im Jahre 2012 ein/e Professor/in […] im Durchschnitt Drittmittel von 243.700 Euro ein.“

   Mich stört dort die Behauptung, dass Professor(inn)en die Drittmittel einwerben (diese Kritik richtet sich nicht an Sie, sondern an die Formulierung des Statistischen Bundesamts). Bei Summen von durchschnittlich 243.700 Euro pro Antrag handelt es sich um größere Projekte, deren Anträge mit doch recht großer Wahrscheinlichkeit nicht allein von nur einem Professor oder einer Professorin geschrieben werden. Meist sind es genau die, die dann über die Drittmittel finanziert werden (unterhalb der Professur), die den Großteil der Arbeit übernehmen. Der Professor(inn)en-Titel ist schlicht eine formelle Notwendigkeit, die mit der aktiven Einwerbung nicht gleichgesetzt werden sollte: Denn Forschungsprojekte müssen in aller Regel an Universitäten – und das heißt: an einem Lehrstuhl – angebunden sein. Wer dem Lehrstuhl vorsteht ist klar: ein(e) Professor(in).

   Im Übrigen zeigt das auch, wie selektiv die Drittmittelgeschichte ist: Die Forschung außerhalb der Universitäten hat (abgesehen von einzelnen Forschungsinstituten) schlechtere Karten, um an Forschungsmittel zu gelangen.

   Interessant wäre außerdem, zu wissen, wie viele Wissenschaftler(innen) z. B. bei der DFG ihre eigene Stelle beantragt haben. Stipendien z. B. für Promovierende und (obwohl heute eher selten) Habilitierende müssten eigentlich auch als Drittmittel betrachtet werden.

2. Sie schreiben ferner: „Etwa jeder dritte Euro der Drittmitteleinnahmen kam von der (staatlich finanzierten) Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).“

   Interessanterweise ist es die DFG selbst, die sich kritisch hinsichtlich der Drittmittel zeigt. Im Grunde wird dort genau auch das gesehen, was Sie beschreiben:

   > *„Vor allem die Knappheit der Grundmittel erhöht den Druck zur Einwerbung von Drittmitteln und verschärft die Konkurrenz um Fördergelder. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Deutsche*

> *Forschungsgemeinschaft (DFG), ihre Rolle und auch auf ihre tägliche Förderarbeit.*
>
> *Die DFG wird faktisch immer weiter in die Rolle eines Grundfinanziers von Forschung gedrängt. Sichtbarster Ausdruck: Die Zahl der Förderanträge und die Höhe der beantragten Fördermittel, insbesondere in der Einzelförderung, steigen noch schneller als das Förderbudget – die Bewilligungsquoten sinken dementsprechend. Immer öfter müssen daher selbst wissenschaftlich sehr überzeugende Anträge abgelehnt werden.“*

(DFG Pressemitteilung 45, 30.10.2013)

Drittmittel werden dort auch als „sekundäre Währung“ bezeichnet.

3. Sie schreiben:

> *„Interesse an einer Steigerung der Drittmittel haben natürlich in erster Linie die Hochschulforscher, sie erweitern damit ihre Forschungsbudgets über die Grundfinanzierung hinaus, können zusätzliches wissenschaftliches Personal (auf Zeit) einstellen und steigern damit ihr Forschungsrenommee.“*

Das ist richtig, allerdings klingt mir das etwas zu sehr nach einer Schuldzuweisung, die in Teilen berechtigt ist, aber in Teilen leider einen Aspekt übersieht: Wenn die Grundfinanzierung fehlt, ist die „Produktion“ von wissenschaftlichem Nachwuchs – konkret: die Betreuung von Habilitanden – faktisch nur noch über Drittmittel möglich. Das hat enorme Auswirkungen auf die Vielfalt der Wissenschaft. Selbst dann, wenn kritische Köpfe in eine Professur gelangen, bleiben diese ohne ordentliche personelle Ausstattung – sei es auch über Drittmittel – Eintagsfliegen. Wer sich als wissenschaftlicher Nachwuchs wissenschaftlich „Karriere“ machen möchte, wird sehr wahrscheinlich auf Professorinnen und Professoren angewiesen sein, die – mit ihnen zusammen – Drittmittel einwerben.

In diesem Kontext haben Sie allerdings aus einem anderen Grund heraus auch Recht: Wer mehr Drittmittel akquiriert bzw. akquirieren lässt, kann seine wissenschaftliche Position wesentlich besser ausbauen.

4. Sie schreiben:

> *„Es besteht die Gefahr, dass das Individualrecht der Wissenschaftsfreiheit, das jedem Hochschulwissenschaftler vom Grundgesetz garantiert wird, ausgehöhlt wird und das individuelle Erkenntnisinteresse und damit auch die Forschungsentwicklung insgesamt vom Wettbewerb um die Einwerbung von Drittmitteln gesteuert wird.“*

Es besteht nicht nur die Gefahr, sondern das ist doch schon längst der Fall. Wer Drittmittel braucht, wird sich auch nach den Interessen der Drittmittelgeber richten. Das engt schon einmal grundsätzlich die Wissenschaftsfreiheit ein. Zudem werden aber bestimmte Themen außen vor gehalten. Das „Schöngeistige“, kritische gesellschaftspolitische Fragen, alles abseits des „Mainstreams“ und der konkreten kommerziellen Verwertbarkeit hat dann auf einmal nur noch schwer Chancen, überhaupt gefördert zu werden. Die Wahrheit ist, dass die fehlende solide Finanzierung die Wissenschaftsfreiheit schon längst ausgehöhlt hat.

Ein weiterer Sargnagel der Wissenschaftsfreiheit ist auch die Konzentration auf Professuren. In unserem Hochschulsystem gibt es das Individualrecht auf Wissenschaftsfreiheit unterhalb der Professur nur auf dem Papier. Faktisch bestehen durch die Konzentration auf die Professuren und dem Mangel eines breiter aufgestellten – zur eigenständigen Wissenschaft fähigen – Mittelbaus immer Abhängigkeiten, die der Wissenschaftsfreiheit im Wege stehen. Wissenschaftsfreiheit, die gilt heute praktisch nur für Professor(inn)en.

5. *„Was bei der einseitigen Betonung der ‚Wettbewerbsfähigkeit‘ auf dem Feld der Einwerbung von Drittmitteln darüber hinaus übersehen und vernachlässigt wird, ist die Tatsache, dass die Lehre gegenüber der Forschung an Boden verliert.“*

Meine Beobachtung ist aber auch die, dass Forschung und Lehre zunehmend entkoppelt werden, was Sie mit dem Hinweis auf die Reduzierung des Lehrdeputats eigentlich auch implizieren. Ich beobachte zunehmend, dass Lehrkräfte für besondere Aufgaben die Lehre übernehmen, zum Teil auch Gastdozenten (eigene Erfahrung) – allesamt für das, was sie leisten, obszön schlecht bezahlt.

Das Problem ist dabei auch, dass die schlechte Grundfinanzierung zu einer tatsächlichen Überlastung der Professor(inn)en geführt hat (ganz zu schweigen von

dem Wust an Verwaltung, der immer stärker um sich greift). Die Reduktion der Lehre zu Gunsten der Forschung muss also nicht zwangsläufig bedeuten, dass die Lehre geringeschätzt wird, sondern kann Ausdruck dessen sein, die Lehre auf ein zu bewältigendes Maß zu reduzieren.

Gleichwohl stimme ich Ihnen auch zu: Ich beobachte auch, dass sich Professor(inn)en von der Lehre freikaufen, indem sie z. B. zusätzliche Mitarbeiter fordern, die dann ihre Lehre übernehmen.

Der eigentliche Skandal ist für mich aber vor allem, dass im Universitätssystem alle sehr schnell bei der Hand sind, Personen ohne Habilitation eine Lehrerlaubnis zu erteilen, um damit Kosten zu sparen. Bei der Einstellung für jene Posten, in denen eigentlich gelehrt werden soll, spielt die Habilitation auf einmal aber wieder eine Rolle. Das ist ein unerträglicher Doppelstandard.

6. *„Bei der Vergabe von öffentlichen Forschungsdrittmitteln etwa durch die DFG, bei der immerhin noch Wissenschaftler über die eingereichten Forschungsanträge entscheiden, besteht die Gefahr, dass sozusagen ein Old-Boys-Network, also etablierte Professoren vor allem die Mainstream-Forschung fördern und innovative Ansätze vernachlässigt werden.“*

Diese Tendenz kann ich Ihnen mit Blick auf die Wirtschaftswissenschaften bestätigen. Kritische Wissenschaftler kommen dort so gut wie nie zum Zuge und müssen faktisch auf andere Drittmittelgeber (Hans-Böckler-Stiftung, VW-Stiftung) ausweichen.

In gewisser Weise müsste hier auch gefragt werden, ob die DFG die Aufgabe hat, auch für wissenschaftliche Vielfalt zu sorgen und wie sie in dem Falle ihre Aufgabe erfüllt. Meine Vermutung ist, dass sie dabei in bestimmten Disziplinen recht schlecht wegkommt. Problematisch hier vor allem, dass es offenbar keine funktionierenden Kontrollmechanismen und -pflichten gibt.

7. Die Abhängigkeit von den Geldgebern macht sich nicht nur an der von Ihnen kritisierten Intransparenz und „Auftragsforschung“ bemerkbar, sondern auch an der mehr oder weniger eintönigen Forschung, die betrieben wird. Drittmittelgeber wollen verwertbare Ergebnisse. Grundlagenforschung, auch und vor allem im sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereich, hat dort selten gute Karten.
8. Was Sie zur Stiftungsprofessur schreiben sehe ich ähnlich und ich sehe auch die

> Problematik in der Stiftungsprofessur als Instrument. Nur frage ich mich, warum gesellschaftliche Organisationen (Gewerkschaften usw.) so selten dieses Instrument nutzen. Warum muss die Stiftungsprofessur immer von der „privaten Wirtschaft“ finanziert werden?

Abschließend möchte ich mir noch einen Einwand erlauben. Es wird zwar viel von Unterfinanzierung geschrieben und die tagtägliche Praxis an den Universitäten scheint dem auch Recht zu geben. „Scheint“ schreibe ich hier bewusst deshalb, weil mein Eindruck auch der ist, dass durchaus auch viel Geld im System steckt, aber die Verwendung zum Teil intransparent und sprichwörtlich sinnlos ist. Ich selbst habe es mehr oder minder an meiner damaligen Universität (Leipzig) erlebt, dass mit Hilfe von Bundesmitteln zur Qualität der Lehre auf einmal der ganze Verwaltungsapparat umstrukturiert wurde: Curricula- Manager wurden eingesetzt, Mentor(inn)en-Stellen geschaffen, zum Teil auch wieder mit Aufgaben, die einstmals z. B. im Prüfungsamt u. ä. angesiedelt waren. Als Sahnehäubchen obendrauf ein elektronisches Verwaltungssystem für die Kurse und Studierenden, das nur in wenigen Fällen funktioniert, so dass die Lehrenden praktisch parallel dazu selbst „Buch führen“ müssen über ihre Veranstaltungen. Statt bürokratische Erleichterung nun verschiedene Stellen, die ein und dieselbe Information „benötigen“ und oftmals den Email-Weg der kurzen Kommunikation mit dem Zimmer nebenan oder drüber vorziehen. Statt Entlastung geht der Ausbau der Verwaltung häufig mit einer stärkeren Belastung mit Bürokratie einher.

Wer Misswirtschaft erleben will, muss dann einfach nur mal in die „unternehmerischen“ Universitäten schauen.

Verstehen Sie mich nicht falsch, aber m. E. muss auch die Verwendung der bereits vorhandenen Mittel auf den Prüfstand.

Nochmals vielen Dank für Ihren informativen Beitrag. Machen Sie weiter so!